

KAPITEL 7

DIE SCHWÄCHE KONSERVATIVER PARTEIEN UND DER UNTERGANG DER WEIMARER DEMOKRATIE

von Daniel Ziblatt

Am Morgen des 24. Juni 1922, nur drei Jahre nach der Geburt der Weimarer Republik, wurde der deutsche Außenminister Walther Rathenau, einer der ersten Außenminister des neuen demokratischen Regimes, in einem offenem Wagen von seiner Villa im grünen Vorort Grunewald zu seinem Büro in der Wilhelmstraße chauffiert.¹ Ein Mercedes Touring überholte den Wagen, und zwei Insassen, bewaffnet mit Maschinenpistolen, eröffneten das Feuer und ermordeten Rathenau am helllichten Tag.²

Es war ein tragischer Moment, doch die öffentliche Reaktion auf den Mord unterstreicht ironischerweise auch einen wichtigen Punkt: Die Weimarer Republik war in ihren Gründungsjahren nicht zum Scheitern verurteilt. Auf der einen Seite kristallisierten sich in diesem Mord durch fanatische Rechte sicherlich die gefährlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, mit denen Europa als Ganzes nach 1918 konfrontiert war. Deutschlands neue Demokratie befand sich, wie die anderer europäischer Staaten, in einer Krise, nachdem sie bereits mit einem Putschversuch und einer galoppierenden Inflation konfrontiert worden war.³ Die frühen 1920er Jahre hatten nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa eine Spur des Aufruhrs hinterlassen. Ungarns kurzlebige bolschewistische Republik war im März 1920 durch das autoritäre Regime von Admiral Horthy ersetzt worden; Mussolinis Schwarzhemden waren auf dem Vormarsch und würden im Herbst 1922 die Macht in Italien übernehmen; und als Reaktion auf die wachsenden Unruhen in den Jahren 1922 und 1923 zettelte Primo de Rivera einen erfolgreichen Militärputsch in Spanien an. In Anlehnung an den Tenor dieser Ereignisse schwirrten in den Tagen unmittelbar nach Rathenaus Tod im deutschen Reichstag unheilvolle Rufe nach Hochverrat und Mordvorwürfe zwischen der extremen Rechten und der Linken hin und her.⁴

Doch schon drei Tage später, am 27. Juni 1922, erlebte die deutsche Politik einen unerwartet hoffnungsvollen Quasi-Waffenstillstand, der zum Teil durch die anhaltenden Wählerfolge der Sozialdemokratischen Partei gestützt wurde: Das erste Staatsbegräbnis seit dem Tod Otto von Bismarcks 1898 im Plenarsaal des Reichstags galt Rathenau. Kränze aus roten Rosen, Teerosen und blauen Hortensien schmückten den Saal; das Symbol des Reichsadlers schwebte über dem einfachen Eichensarg, der mit der schwarz-rot-goldenen Flagge der Republik verhüllt war und in der Mitte stand.⁵ Der Sozialdemokrat und Reichspräsident Friedrich Ebert erhob sich vor einer Kammer, die bis auf den letzten Platz mit Würdenträgern von Albert Einstein über ausländische Diplomaten bis hin zu den Abgeordneten gefüllt war. Reaktionäre Konservative und Kommunisten gleichermaßen trugen schwarze Trauerkleidung.⁶ Ebert hielt eine kurze Ansprache, in der er Rathenaus Leben und seine Verdienste um das deutsche Volk würdigte. In der ersten Stunde des Staatsbegräbnisses bemerkte der amerikanische Journalist Cyril Brown, dass „sogar die Kommunisten sich anständig benahmen, ebenso wie die Erzreaktionäre“.⁷ Anstatt die neue deutsche Republik in den Untergang zu stürzen, war dieser Moment des möglichen Zusammenbruchs ein Moment der sichtbaren Solidarität, in dem die Art von institutioneller Krise umgangen wurde, die sich für so viele andere neue Demokratien Europas als tödlich erwies.⁸

Trotz ihres späteren Rufs begann die Weimarer Republik die 1920er Jahre mit einem Moment beeindruckender Legitimität des Regimes, unterstützt durch die demokratische Weimarer Gründungscoalition, auf die andere politische Systeme neidisch gewesen wären. Dies stellt eine Herausforderung für die Ansicht dar, dass der demokratische Staat Weimars von Anfang an dem Untergang geweiht war: Das politische System schien sich nach schwierigen Anfangsjahren der Unbeständigkeit in seinen mittleren Jahren zu stabilisieren und fiel erst 1928 einer fatalen politischen Radikalisierung zum Opfer. Jede plausible Darstellung des endgültigen Zusammenbruchs der Weimarer Demokratie muss auch den zeitlichen Ablauf des Zerfalls berücksichtigen. Nach schwierigen Anfangsjahren (1918–1924) gab es so etwas wie ein „goldenes Zeitalter“ (1924–1928), das einige glauben ließ, die schwierigsten Zeiten seien vorüber. Doch offensichtlich waren sie es nicht. Ab 1928 zerfiel die Republik.

Angesichts dieser temporalen Variabilität des Zustandes des politischen Regimes Weimar in der Selbstwahrnehmung seiner Protagonisten

muss die Bestimmung, „was schiefgelaufen ist“, mehr bedeuten als die Identifizierung eines festen und daher implizit wesentlichen oder angeborenen defekten Merkmals des politischen Systems. Ein sich bewegendes Ziel kann nicht durch eine unbewegte Ursache erklärt werden. Um den Zusammenbruch Weimars zu erklären, muss daher diese Beweglichkeit im Laufe der Zeit erklärt werden.

Was das Schicksal der Weimarer Demokratie angeht, spielten viele Faktoren eine Rolle, darunter die Wirtschaftskrise, einige mangelhafte politische Institutionen und Fehleinschätzungen der politischen Führer. Ein Schlüsselfaktor – mit Folgen für das Regime als Ganzes – war der sich entfaltende Kampf innerhalb der größten Partei der Rechten, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der zwischen „Fundamentalisten“ und „Pragmatikern“ entbrannte. Dies begann 1918 und endete mit einer radikalen Übernahme der Partei im Jahr 1928, die selbst ein wichtiger Wendepunkt war: Von diesem Zeitpunkt an schwand die Wahrscheinlichkeit, dass die Demokratie überleben könnte, dramatisch dahin.⁹

Um es explizit zu sagen: In meinem Beitrag arbeite ich heraus, dass eine Schlüsselquelle der Verwundbarkeit Weimars paradoxerweise in der organisatorischen *Schwäche* der Rechten in der Weimarer Republik lag.¹⁰ Die DNVP wurde nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, als sich eine Vielzahl von Vorkriegsparteien und Interessengruppen etwas willkürlich zu einer neuen Partei zusammenschlossen, ohne die sehr realen Spannungen zu lösen, die bis in die Kaiserzeit zurückreichten.

Warum ist das von Belang? Das strategische Kalkül und die organisatorischen Machenschaften hinter der Fusion rechter Kräfte führten zu einer gefährdeten, schwachen politischen Organisation für die neue Partei, die ihrem Vorkriegsvorläufer nicht unähnlich war.¹¹ Doch nun musste die Rechte ohne die institutionellen Stützen überleben, auf die sich der preußische Parteikonservatismus in der Kaiserzeit verlassen hatte. Aufgrund dieses Erbes der Schwäche rechtsgerichteter Parteien übte die Basis der Partei in der nachkaiserlichen Zeit eine disproportionale Macht über das Zentrum der neuen Partei aus. Darüber hinaus spielten externe Interessengruppen, von denen die Parteiführer übermäßig abhängig waren, eine wichtige Rolle bei der Entscheidungsfindung – mit dem Ergebnis, dass das parlamentarische Zentrum der Partei ein ungewöhnlich begrenztes Maß an Kontrolle besaß. So besaßen die örtlichen Untergliederungen

de jure die direkte Kontrolle über die Auswahl des Parteivorsitzenden und des Parteivorstands sowie in vielen Fällen *de facto* die Kontrolle über die Kandidatenauswahl.

Die ungewöhnlich starke Macht der Basis in der DNVP führte zu Schwierigkeiten für moderate Kräfte innerhalb der Partei und damit für die Weimarer Demokratie insgesamt. Da sich ideologisch extreme Parteiaktivisten typischerweise an der Basis von Parteiorganisationen befinden, ist die Organisationsstruktur einer Partei entscheidend für den Grad des Einflusses von Radikalen.¹² Einfach ausgedrückt: In Demokratien können organisatorisch starke politische Parteien Extremisten ins Abseits drängen. Im Gegensatz dazu sind schwache Parteiorganisationsstrukturen offener für den Einfluss der Basis, sodass die Gemäßigten weniger gut in der Lage sind, Radikale zu bekämpfen.¹³ Im Ergebnis sind organisatorisch schwache politische Parteien anfälliger für die „Rache der Basis“.

Tatsächlich hatten im Falle der DNVP die organisatorischen Kompromisse, die ausgebrütet wurden, um die Partei von einer „Partei der Honoratioren“ in eine Massenpartei zu verwandeln, mehrere Konsequenzen: Lokale Aktivisten konnten aufgrund der formellen und informellen Regeln Druck auf die Parteiführung ausüben; externe Interessen beeinflussten lokale Parteiorganisationen, da sie für die Bereitstellung von Finanzmitteln und Mobilisierungshilfen unerlässlich waren. Und in der Weimarer Zeit, als die Parteiführer den direkten institutionellen Zugang zu den höchsten Ebenen des Staates verloren, setzten diese beiden Dynamiken die Parteiführung dem lokalen Radikalismus von Gruppen wie dem Alldeutschen Verband aus.

Vor allem die organisatorische Durchlässigkeit der DNVP bei ihrer Gründung schuf also genau die organisatorischen Nischen, welche in den späten 1920er Jahren zu Schauplätzen eines heftigen rechten Aufstands von genau diesen Randgruppen werden sollten. Die Gründung der DNVP schuf kein wahlorientiertes „Team von Politikern“, das Aktivisten und Interessengruppen einsetzte, um die eigenen Ziele zu erreichen, wie der kanadische Politikwissenschaftler Robert McKenzie die britische konservative Partei im selben Zeitraum charakterisierte.¹⁴ Vielmehr war „die daraus resultierende politische Schöpfung“ der DNVP, in den Worten des Historikers Lewis Hertzmann, eine „komplexe Koalition von Interessen, die in ihren Tendenzen oft so unterschiedlich waren, dass sie die reine

Existenz der neuen Partei bedrohten“.¹⁵ Sogar eine DNVP-eigene Broschüre, die 1928 veröffentlicht wurde, kommt zu dem Schluss, dass die „geborenen Organisatoren“, von denen im Zusammenhang mit den Deutschen oft gesprochen werde, im Leben der nationalistischen Organisationen in der Minderheit seien.¹⁶ Kurz gesagt: Die deutschen Konservativen waren, entgegen dem vorherrschenden Narrativ, organisatorisch schlecht dafür gerüstet, um mit der neuen Weimarer Ära zurechtzukommen.

Zurück zum Rätsel der Entwicklung der Weimarer Republik in drei Phasen: eine schwierige Gründungsphase (1918–1924), ein goldenes Zeitalter (1924–1928) und am Ende der Zusammenbruch der Demokratie (1928–1933). Einige vorläufige Beweise deuten auf eine Antwort hin. Wie Abbildung 1 zeigt, scheinen Aufstieg und Fall der DNVP dem Wachstum und Niedergang der Republik als Ganzes zu folgen, wobei die größten Wahlerfolge der DNVP zwischen 1924 und 1928 mit der stabilsten Phase in der Geschichte Weimars zusammenfällt.

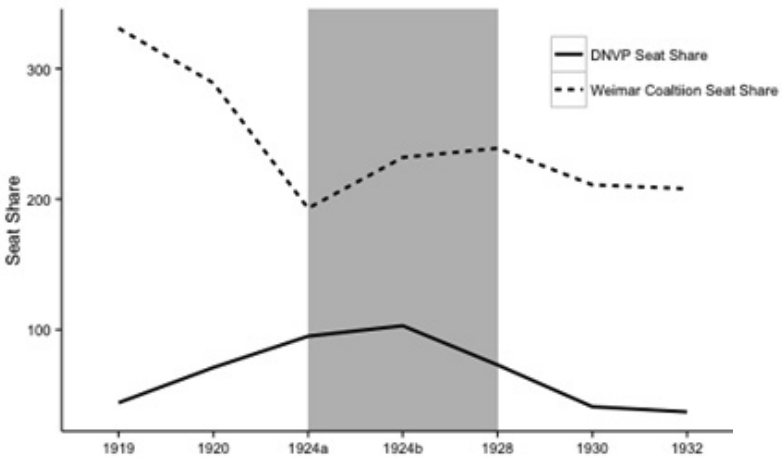


Abbildung 1: DNVP-Sitze und -Stimmenanteile in den drei Weimarer Entwicklungsphasen, 1919–1932; Bildunterschrift: Quelle: Dieter Nohlen/Philip Stöver, Elections in Europe: A Data Handbook (Baden-Baden, 2010).

Abbildung 1 ist aufschlussreich, weil sie zeigt, dass trotz der ererbten organisatorischen Schwäche der DNVP ihre Erfolge in den mittleren Jahren zumindest die Möglichkeit nahelegen, dass die Partei für die Masse hätte attraktiv sein können. Das beste Wahlergebnis der DNVP (20 Prozent der Stimmen) wurde zudem bei den beiden Reichstagswahlen von 1924 erzielt, die auch mit dem Beginn des „goldenen Zeitalters“ (1924–1928) zusammenfielen. Genau zu dieser Zeit begann die DNVP sich in einer Weise zu verhalten, die dem schon erwähnten wahlorientierten „Team von Politikern“ ähnelte. Sie wurde nicht nur zur größten nicht-sozialistischen Partei im Reichstag, sondern beteiligte sich unter der Führung einer moderaten Gruppe, die Thomas Mergel als „Tory-Konservative“ bezeichnet, an der Regierung. Diese Gruppe ließ sich zögerlich, aber letzten Endes faktisch auf eine „Republikanisierung“ ein.¹⁷ In dieser Phase schien sich die DNVP an die ungeliebte, mühsame Arbeit der parlamentarischen Politik zu „gewöhnen“, wenn auch widerwillig.¹⁸ Im Zuge einer gewissen Mäßigung auf der Rechten, zumindest auf der Ebene der Parteiführung, schienen demokratisch gewählte Mitte-Rechts-Koalitionen nun endlich machbar. Die Wahlsiege der DNVP bedeuteten, dass die „Fundamentalisten“, die jede Beteiligung am verachteten Weimarer Regime anprangerten, allmählich die Kontrolle über den Kandidatenauswahlprozess verloren. Das Kräfteverhältnis innerhalb des größten potenziellen Gegners der parlamentarischen Demokratie in Deutschland hatte sich, wenn auch nur knapp, zugunsten der Gemäßigten geneigt und eine pragmatische „halbloyale“ DNVP-Fraktion hervorgebracht. Im Ergebnis schien sich die Demokratie zum ersten Mal in der Geschichte Weimars in Richtung Stabilisierung zu bewegen.

Im Gegensatz zu den Wahlerfolgen in der Mitte der 1920er Jahre erhielt die DNVP in den instabilen und gewalttätigen Anfangsjahren Weimars (1918–1924) nie mehr als 12 Prozent der Stimmen. Und in der letzten Phase (1928–1933) führte der Stimmenverlust im Jahr 1928 (mit 14 Prozent der Stimmen) zu einer ausgewachsenen Anti-Regime-Orientierung in der Partei und einer verstärkten politischen Polarisierung. Dies alles geschah schon ein Jahr *vor* dem Wall-Street-Crash von 1929, sodass wir die weit verbreitete Vorstellung in Frage stellen müssen, die wirtschaftlichen Bedingungen seien die Schlüsselvariable, die die Radikalisierung oder Mäßigung des Mitte-Rechts-Spektrums erklärt.

Um zu untersuchen, wie das Kräfteverhältnis innerhalb der DNVP und der Niedergang des Regimes als Ganzes miteinander verbunden

waren, müssen wir die Entwicklung der Partei im Zeitalter der Massendemokratie und die Machtverschiebung zwischen zwei parteiinternen Gruppen in den Blick nehmen: Auf der einen Seite „pragmatische“ Parteiführer, die versuchten, die DNVP dazu zu bewegen, öffentliche Ämter anzustreben (wie von Politikwissenschaftlern typischerweise erwartet); und auf der anderen Seite „Fundamentalisten“ unter den Aktivisten lokaler Untergliederungen und nationalistischer Interessengruppen, die diese organisatorischen Bemühungen oft zum Scheitern brachten.¹⁹

Das Kräfteverhältnis zwischen diesen beiden Elementen bestimmte die Grundtendenzen in der Partei. Die erste Phase (1918–1924) war durch eine Pattsituation gekennzeichnet. Die zweite Phase (1924–1928) war von einem dürftigen Triumph für die Pragmatiker geprägt, als sie die Partei zweimal in den Wahlerfolg und in die Regierung führten und in diesen Jahren sogar sechs Ministerien besetzen konnten.²⁰ Der Triumph dieser „goldenen Jahre“ war jedoch letztlich nur von kurzer Dauer, weil die Fundamentalisten nur vorübergehend ins Abseits gedrängt wurden, der Machterhalt der Gemäßigten unsicher war und Splittergruppen mit den Kompromissen, die die DNVP mit dem Weimarer System einging, unzufrieden waren. In der dritten Phase (1928–1933) erfolgte eine radikale Machtübernahme durch die Fundamentalisten, die den durch die gerade erwähnte Spaltung nach 1924 geschaffenen Raum nutzten, um sich wieder zu behaupten und die Partei zu erobern – mit katastrophalen Folgen für Deutschland.

Die Rechtsradikalen innerhalb der DNVP wurden Mitte der 1920er Jahre zwar marginalisiert, doch die Führer und Gemäßigten der Partei hatten keinen organisatorischen Sieg errungen, der die Fundamentalisten langfristig in eine untergeordnete Position gezwungen hätte. Ihr Sieg war ständig bedroht und bestenfalls von kurzer Dauer. So inszenierten in der dritten Phase nach 1928 externe Gruppen und Parteiaktivisten bei den ersten Anzeichen einer ernsthaften Wahlschwäche, anders als in Großbritannien oder Frankreich, eine offene Revolte – und hatten damit Erfolg. So entstand 1928 ein neuer und zerstörerischer Zyklus der organisatorischen Spaltung, als der rechte Basisflügel der DNVP eine bemerkenswerten Aufschwung erfuhr, indem es eine radikale Machtübernahme von unten orchestrierte. Dabei spielte die extreme Durchlässigkeit der Parteistrukturen eine wichtige Rolle, die den organisatorischen Einfluss von Radikalen an der Basis ermöglichte. Ihre offene Revolte verdrängte die

traditionelle konservative Rechte, die sich, wenn auch widerwillig, an die demokratische Politik gewöhnt hatte.

Im Gegensatz zu Lord Beaverbrook und Viscount Rothermere – die Besitzer der drei größten Tageszeitungen in Großbritannien in den 1920er Jahren, die mit ihren Versuchen, die Politik der britischen Konservativen zu beeinflussen, scheiterten – wurde der deutsche millionenschwere Medienmagnat Alfred Hugenberg, einer der Gründer der nationalistischen Interessengruppe Alldeutscher Verband, von einflussreichen lokalen Untergliederungen unterstützt, denen er wichtige finanzielle Unterstützung gewährte. Zusammen mit dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, Heinrich Claß, wandte Hugenberg die Strategie organisatorischen „Geiselnahme“ an, die in derselben Zeit auch von leninistischen Parteien praktiziert wurde, eine Taktik des „organisatorischen Kampfes“ und der Unterwanderung, die von Minderheiten oder „politischen Verlierern“ verwendet wurden, um das Kräfteverhältnis in ihrer politischen Partei zu verändern.²¹ Dabei nutzten Hugenberg und Claß die Mängel und Schwachstellen der Parteistruktur aus. Ihre Strategie bestand darin, leicht zugängliche lokale Untergliederungen zu übernehmen und die öffentliche Meinung durch lokale Presseinfiltration umzuformen. Ihre Übernahmestrategie umfasste konkret vier Elemente:²²

- die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung durch ein zentralisiertes Netzwerk lokaler und regionaler Pressestellen, um Verbündete zu stärken und die Legitimität „moderater“ Rivalen innerhalb der DNVP zu untergraben,
- die Umleitung finanzieller und industrieller Ressourcen zu Verbündeten,
- die Besetzung lokaler und regionaler Parteipositionen mit Verbündeten,
- die Beeinflussung der regionalen Kandidatenlisten für die Reichstagswahlen.

Die Strategie von Hugenberg und Claß erfüllte ihren Zweck und ermöglichte es Hugenberg, 1928 die Führung der DNVP zu übernehmen. Die lockere Parteistruktur hatte seinen Aufstieg an die Spitze ermöglicht. 1928 pumpte Hugenberg finanzielle Mittel in regionale Untergliederungen und brachte radikale und antidemokratische Kandidaten in übergeordnete

Positionen auf regionalen Kandidatenlisten, was schließlich einen Massenexodus der moderaten Parteiführung auslöste. Als die Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 ausbrach, hatte sich die wichtigste Partei, die im politischen Spektrum Mitte-Rechts stand, mit Hugenberg an der Spitze bereits radikalisiert. Dies brachte sowohl die Partei selbst als auch das politische System in Gefahr.

Diese Übernahme der DNVP von innen heraus schränkte die Möglichkeiten für das politische System als Ganzes entscheidend ein und markierte den Anfang vom Ende der Weimarer Demokratie. Die Rebellion entmachtete die relativ pragmatische Gründungscoalition der DNVP. Durch die Vereinnahmung lokaler Untergliederungen schufen die Radikalen eine Plattform, um den traditionellen parlamentarischen Führern die Kontrolle über die Parteiführung zu entreißen, die DNVP zu schlucken und sie zu radikalisieren und zu zersplittern. Das Ergebnis wurde von den Aufständischen trotzig als Schaffung „nicht einer großen, sondern einer starken Rechten“ gefeiert, die einen „zuverlässigeren“ Kern für den neuen Parteivorsitzenden schaffen würde.²³ Kurz gesagt: Das Ziel bestand weniger darin, eine neue Alternative anzubieten, um mehr Wähler zu gewinnen, als eine ideologische „Reinigung“ der Partei in einem innerparteilichen Kampf durchzuführen, mit nur äußerst vagen Plänen für die nahe Zukunft.²⁴ Sobald die Parteiführung in den Händen eines alldeutsch gesinnten Anführers lag, änderte sich das Profil der DNVP.

Die nächsten zwei Jahren waren von dramatischer Uneinigkeit geprägt, da die „Pragmatiker“ der DNVP die Reichstagsdelegation verließen oder aus ihr vertrieben wurden. Zuvor loyale Interessengruppen wie die Deutsche Bauernschaft begannen, anderswo nach Verbündeten zu suchen, und die Wahlaufufe verschärfen sich. Anstatt die gesamte Partei leicht nach rechts zu bewegen, um mehr rechte Wähler anzusprechen, führte die politische Linie, die zwischen 1928 und 1930 verfolgt wurde, zu einer tiefen organisatorischen Spaltung, die die Partei schrumpfen ließ und das politische System als Ganzes untergrub. Gemäßigte Mitglieder der ehemals dominierenden Koalition, die aus ihren einflussreichen Positionen ausgeschlossen worden waren, versuchten eine eigene Partei zu gründen, aber die Probleme des schnellen Aufbaus einer Partei von Grund auf waren beträchtlich und das Unterfangen führte hauptsächlich zu noch mehr organisatorischer Zersplitterung auf der rechten Seite des politischen Spektrums.

Wegen ihrer organisatorischen Schwäche provozierte der Rechtsruck der Partei eine Gegenreaktion, sodass die internen Probleme ungelöst blieben und die neue politische Ausrichtung zu einer immer stärkeren Fragmentierung und schließlich zum vollständigen Zusammenfallen der Partei führten. Die DNVP war zu einem kaum noch lebensfähigen Akteur in der parlamentarischen Politik geworden und hinterließ eine große Lücke im deutschen politischen System. Bis 1930 war die DNVP, einst die größte Partei im Reichstag und die größte nicht-sozialistische Partei in Deutschland, dramatisch geschrumpft und gewann nur noch 7 Prozent der Stimmen. Hugenberg war zwar der Kaiser seiner Partei, aber doch er regierte nur noch ein stark geschrumpftes Königreich.

Der rasche Zusammenbruch der traditionellen Rechten, die über weite Strecken hin die Demokratie abgelehnt hatte, half den Befürwortern der Demokratie nicht, ihre Argumente vorzubringen. Vielmehr löste der interne Kampf der DNVP 1928 eine destruktive Dynamik des politischen Zerfalls aus, und die daraus resultierende Uneinigkeit der Rechten wurde, wie Hermann Beck feststellte, zur Voraussetzung für die Machtergreifung der Nationalsozialisten.²⁵ Sie schuf, um Karl Dietrich Brachers Begriff zu verwenden, ein „Machtvakuum“ – und trug zum Aufstieg der Nationalsozialisten bei.²⁶ Das Fehlen einer robusten Mitte-Rechts-Partei – in Kombination mit einem schweren wirtschaftlichen Abschwung nach 1929, mangelhaften Verfassungsstrukturen und anderen Faktoren – machte das politische System anfällig für das unaufhaltsame Abgleiten in den demokratischen Zusammenbruch. Die eigene strukturelle Schwäche der DNVP machte das gesamte System anfälliger für die katastrophalen politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, als es sonst der Fall gewesen wäre. Hätten die Gemäßigten 1928 die Kontrolle über die Partei behalten, dann hätte sich die Weimarer Demokratie möglicherweise weiter „durchgewurstelt“, so, wie es andere Demokratien in ähnlichen Wirtschaftskrisen getan haben, und wie sie es bis 1928 getan hatte, obwohl die problematischen Verfassungsstrukturen schon seit 1918/1919 existierten. Der Zusammenbruch der DNVP schuf daher die Bedingungen, unter denen die NSDAP gedeihen konnte: Bei den Wahlen im September 1930 gelang der NSDAP der Durchbruch, was in Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 gipfelte.

Mit dem Zerfall und der Radikalisierung der DNVP war eine lebensfähige Mehrheitskoalition rechts der Mitte nicht mehr möglich. Das leitete

eine Phase in der deutschen Politik ein, die zunehmend von einer halbautoritären Herrschaft durch Präsidialverordnungen dominiert wurde. Da die DNVP 1928 nur 14 Prozent der Stimmen erhielt, war ein parlamentarischer Weg zu einer rechtsgerichteten oder sogar Mitte-rechts stehenden Parlamentsregierung ohne die Sozialdemokraten unmöglich. Und mit dem weiteren Schwund der DNVP wurden auch Ideen, die General Kurt von Schleicher in Umlauf gebracht hatte – SPD und DNVP in der Regierung zusammenzubringen –, gegenstandslos. Schleichers letztendlicher Vorschlag, eine auf den Präsidenten ausgerichtete Regierung zu bilden, war somit lediglich ein Ersatz für das Fehlen einer tragfähigen Regierungskoalition. Der Übergang zu einer Herrschaft per Notverordnung stellte die erste Stufe des demokratischen Zusammenbruchs dar. Begonnen hatte es mit dem sanften Putsch „von oben“ durch die Konzentration exekutiver Macht als autoritärer „Ersatz“ für eine schwache DNVP.

Die zweite Phase des Zusammenbruchs der Demokratie vollzog sich hauptsächlich in Wahlen und den daraus resultierenden Fehleinschätzungen etablierter Politiker in Bezug auf die NSDAP. Die schrumpfende und sich radikalisierte DNVP spielte dabei erneut eine zentrale Rolle. Obwohl die Partei jetzt klein war, blieb ihr Einfluss immens.

Die Fragmentierung der DNVP, die zu vergeblichen Versuchen geführt hatte, Abspaltungen als Parteien aufzubauen, hatte einen fruchtbaren Boden für die NSDAP als neue, organisatorisch starke Partei geschaffen. Die Folge der Schwächung der DNVP war eine Öffnung des Raumes für eine systemfeindliche, rechtsradikale Partei. Der Aufstieg der Nazi-Partei hatte zwar „tiefe Ursachen“ in verschiedenen Merkmalen deutscher Geschichte, doch ihr Aufstieg wurde durch die „unmittelbaren Ursachen“ der Radikalisierung, Fragmentierung und des Niedergangs der DNVP erleichtert. Normalerweise beobachten Politikwissenschaftler, dass der Wahlerfolg neuer oder zuvor marginaler politischer Parteien weniger die Konsequenz eigener Strategien ist, sondern häufiger aus den strategischen Entscheidungen bereits bestehender politischer Mainstream-Parteien resultiert.²⁷ Während also die katastrophalen sozioökonomischen und kulturellen Bedingungen diffuse faschistische Ansichten und Bewegungen im Europa der Zwischenkriegszeit erklären können, erklären erst die unmittelbaren Ursachen – im Zusammenhang mit den Strategien der etablierten politischen Parteien –, warum sich diese Ansichten und Bewegungen in Wahlerfolgen politischer Parteien

niederschlugen. Wie in den heutigen Demokratien waren auch im Europa der Zwischenkriegszeit die Blockadestrategien der Parteien entscheidend, die an die systemfeindlichen rechten Parteien angränzten.²⁸ Eine wichtige Rolle spielte, wie der Politikwissenschaftler Giovanni Capocchia gezeigt hat, die Frage, ob diese „Grenzparteien“ die Stimmen unzufriedener Wähler kanalisieren und gleichzeitig rechtsextreme Parteien durch verschiedene delegitimierende Maßnahmen marginalisieren konnten. Die Weimarer Republik ist ein instruktives Beispiel für ein Scheitern an dieser Aufgabe.

Da es keine Vorbilder in Bezug auf eine Institutionalisierung von Parteien gab, führten der Zusammenbruch und die Radikalisierung der DNVP – und das Fehlen einer gemäßigten „Grenzpartei“ – zur entgegengesetzten Dynamik und stärkten die NSDAP. Dies geschah durch zwei Hauptmechanismen: Erstens durch die Öffnung von Wählerpotenzialen infolge des Zusammenbruchs der DNVP für eine neue rechtsradikale Partei, und zweitens durch die Schaffung eines institutionellen Umfelds, in dem die Seriosität der Nazi-Partei in demselben Maße stieg, wie die DNVP mit verzweifelten und falsch kalkulierten Strategien versuchte, sich selbst zu retten, indem sie zunehmend ein kooperatives, wenn nicht sogar unterstützendes „Bündnis“ mit der Nazi-Partei einging. In beiden Fällen ist die Dynamik leicht zu durchschauen: Indem die DNVP unterging, schuf sie neue Möglichkeiten für den Aufstieg der Nazi-Partei.

In geografischen Regionen, in denen die DNVP besonders stark schrumpfte, wuchs die NSDAP am stärksten. Tatsächlich war die negative Korrelation des Stimmenanteils nach Wahlbezirken zwischen diesen beiden Parteien (1928 vs. 1930) stärker als zwischen jeder anderen Kombination von Parteien bei diesen beiden entscheidenden Wahlen. Nachdem dem Niedergang der DNVP-Fraktion im Reichstag 1928 wurden die ehemaligen DNVP-Regionen bei den Wahlen 1930 zu Hochburgen der NSDAP. Alles deutet darauf hin, dass DNVP-Wähler überproportional zur Nazi-Partei abwanderten.²⁹ Die DNVP-Führungskrise hatte somit ein Schrumpfen des Wählerpotentials der DNVP zur Folge, was am rechten Rand Platz für die Nazi-Partei schaffte, die die entstandene Lücke schnell füllte. Wäre die DNVP eine lebensfähige Kraft bei künftigen Wahlen geblieben und in der Lage gewesen, Wähler weiterhin an sich zu binden, wie dies z. B. die Zentrumsparterie tat, wäre der Stimmenanteil der NSDAP 1930 um mindestens ein Viertel zurückgegangen.

Als Hugenberg in Hitler einen Verbündeten suchte, um eine Einheitsfront zu bilden, war ihm nicht klar, dass er damit nur einem neuen Rivalen half. In den letzten Tagen Weimars, als Präsident von Hindenburg Entscheidungen traf, die Adolf Hitler in die Reichskanzlei bringen sollten, waren Hugenberg und seine DNVP nicht mehr die wichtigsten Personen im Raum. Tatsächlich war Hugenberg manchmal überhaupt nicht im Raum, da die Details des neuen Kabinetts von Präsident Hindenburg, von Papen und anderen Mitgliedern von Hindenburgs Gefolge diskutiert wurden.³⁰ Doch als Hindenburg beschloss, Hitler das Ruder der deutschen Regierung zu übergeben, spielte die DNVP auch hier aus zwei Gründen eine Rolle: die eine war unmittelbar, die andere ergab sich aus einer ganzen Reihe vergangener Entscheidungen.

Erstens war es am 30. Januar 1933 offensichtlich, dass Hugenberg plötzlich zu einer letzten Barriere geworden war, die die Bildung eines von Hitler geführten Kabinetts verhindern könnte. Tatsächlich schwankte Hugenberg, ob er Hindenburgs Entscheidung folgen sollte, doch dann beugte er sich. Aber wenn wir von diesen letzten Stunden absehen, können wir beobachten, dass es einen zweiten Grund gibt, warum Hugenberg und die DNVP in dieser letzten Phase des Untergangs von Bedeutung waren. Denn dass sich das politische System überhaupt in dieser Krise befand – mit Generälen und ehemaligen Generälen hinter verschlossenen Türen, die über die Mittel und die Möglichkeit verfügten, die Demokratie zu Fall zu bringen –, war auf eine entscheidende Schwäche der Weimarer Republik zurückzuführen: das Fehlen einer gemäßigten Rechten. Die daraus resultierende Dynamik, die durch die Radikalisierung der DNVP im Jahr 1928 ausgelöst worden war, machte das politische System noch vor der Wirtschaftskrise verwundbar. In dem wohl zerstörerischsten Fall eines demokratischen Zusammenbruchs im 20. Jahrhundert lag das Schicksal der Demokratie in Deutschland in den Händen der Konservativen. Und der grundlegende Antrieb für die Ereignisse – im Januar 1933 – war nicht ihre Stärke, sondern ihre Schwäche. Es war eher die Schwäche der Konservativen als ihre selbstbewusste Stärke, die zum Bindeglied zwischen der internen Radikalisierung der DNVP und dem Zusammenbruch der Demokratie in Deutschland wurde.

Tabella 1: Fragmentierung der Rechten im Europa der Zwischenkriegszeit und demokratischer Zusammenbruch

Land	Größte rechte Partei bei den ersten demokratischen Wahlen nach 1918	Index der Fragmentierung aller rechten Parteien*	Demokratischer Zusammenbruch?
(1)	(2)	(3)	(4)
Schweden	Allmänna valmansförbundet	1.04	Nein
Großbritannien	British Conservative Party	1.05	Nein
Dänemark	Conservative Folkeparti	1.05	Nein
Belgien	Union Catholique Belge	1.47	Nein
Niederlande	Anti-Revolutionaire Partij	1.76	Nein
Frankreich	Fédération républicaine (Republican Union)	1.84	Nein**
Portugal	Partido Republicano Evolucionista	1.86	1926
Spanien	Partido Republicano Radical	2.13	1936
Italien	Partido Popolare Italiano***	2.47	1922
Deutschland	Deutsche Nationale Volkspartei	2.81	1933

* Durchschnittswert im Untersuchungszeitraum. Ich kodiere, welche politischen Parteien "rechte" Parteien sind und messe dann die durchschnittliche „Fragmentierung der Rechten“, indem ich eine gemeinsame Maßeinheit für die „effektive Anzahl der Parteien“ für rechte Parteien für jede demokratische Wahl zwischen 1918 und 1939 in einem Land verwende, das wie folgt berechnet wird; wobei n die Anzahl der Parteien mit mindestens einer Stimme und p_i^2 das Quadrat des Anteils jeder Partei an allen Stimmen ist. Die Berechnungsgrundlage stammt aus Markku Laakso and Rein Taagepera, „Effective Number of Parties: A Measure with Application to West Europe“, *Comparative Political Studies* 12, 1 (1979), S. 3-27; Daten für spanische Parteien aus Angel Luis López Villaverde, *Cuenca durante la II República: Elecciones, partidos y vida política, 1931–1936* (Cuenca, 1997), S. 231, S. 53, S. 70; Daten für italienische Parteien aus Christopher Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870–1925* (London, 1981), S. 588. Alle übrigen Daten sind aus Dieter Nohlen/Philip Stöver, *Elections in Europe: A Data Handbook* (Baden-Baden, 2010).

** Frankreich wird als ein Fall von demokratischem Überleben kodiert, obwohl sein Überleben zwiespältig war.

*** Es ist schwierig, das komplexe italienische Parteiensystem 1919–1920 zu kodieren und zu bestimmen, was in diesem Kontext als rechts „zählt“, was die Behauptung der Zerrissenheit der italienischen Rechten in diesem Zeitraum untermauert. Nichtsdestotrotz gebe ich von den Parteien, die 1919 bestanden, das Ergebnis an, wenn ich die PPI als Mitte-Rechts-Partei kodiere, in Anlehnung an Stathis Kalyvas, *Rise of Christian Democracy* (Ithaca, NY 1996). Wird die PPI nicht berücksichtigt, ist der Fragmentierungsgrad Italiens höher.

Der Tod der Demokratie in Deutschland im Jahr 1933 lehrt uns unmissverständlich, dass die Gefahr einer Übernahme gemäßigter konservativer Parteiorganisationen durch radikale Elemente eine erhebliche Schwachstelle moderner demokratischer Politik darstellt. Diese Verwundbarkeit hat seine Wurzeln zwar in vielen Faktoren, doch es hängt zumindest teilweise vom Grad des inneren Zusammenhalts und der organisatorischen Stärke gemäßigter konservativer Parteien ab, nicht nur im Deutschland der 1930er Jahre, sondern auch anderswo – in der Vergangenheit und in der Gegenwart.

Tabelle 1 enthält eine Liste der wichtigsten rechten Parteien nach 1918 in ausgewählten europäischen Ländern, wobei angegeben wird, welche rechte Partei bei den ersten demokratischen Nachkriegswahlen die meisten Stimmen bekam, wie stark die Zersplitterung des rechten Lagers in dieser Zeit war und ob die Demokratie die Zwischenkriegsjahre überlebt hat oder nicht.

In den Ländern an der Spitze der Liste – Schweden, Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden und Belgien – überlebten alte rechte Parteien, selbst wenn sie umbenannt wurden. In all diesen Fällen dominierte danach weitgehend eine einzige Partei das rechte Ende des Parteienspektrums, mit Ausnahme der Niederlande, in denen zwei stark institutionalisierte und eng verbündete calvinistische Parteien auftraten, die vor 1918 gegründet worden waren.³¹

In Fällen, in denen die Zersplitterung der Rechten stark ausgeprägt war – in denen die Rechte also auf mehrere politische Parteien aufgeteilt war – stürzte die Demokratie entweder oder überlebte mit knapper Not. In Italien, Portugal, Spanien und Deutschland bedeutete das Fehlen einer straff organisierten konservativen Partei vor 1918, dass es der Rechten der Zwischenkriegszeit an organisatorischen Ressourcen mangelte. In diesen Fällen kämpfte die organisierte Mitte-Rechts-Partei bereits ab 1918 darum, sich zu organisieren, während sie gleichzeitig der Bedrohung durch sozialistische Mobilisierung und Massendemokratie ausgesetzt war. Ihre

Bemühungen wurden durch eine mobilisierte radikale Rechte in den Zwischenkriegsjahren erschwert.³² Dies provozierte eine sich hochschauende Polarisierung unter den politischen Eliten und letztlich einen Zusammenbruch der Demokratie in allen vier Fällen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mitte-Rechts-Parteien, die nach 1918 schnell zusammengeschustert wurden, typischerweise von organisatorischen Spaltungen heimgesucht wurden, die sie unfähig machten, die Demokratie gegen die radikale rechte Konkurrenz zu „verteidigen“. In einem solchen Kontext waren Bemühungen, interne antiparlamentarische Elemente einzubinden oder aufstrebende rechtsextreme Parteien zu stoppen, einfach weniger aussichtsreich.³³

Wenn wir unsere Perspektive weiter fassen und nicht nur das Schicksal der Demokratie im Deutschland des Jahres 1933 betrachten, zeigt sich eine gemeinsame Dynamik, die im 20. und im 21. Jahrhundert gleichermaßen gilt. Es trifft zwar zu, dass sich der Charakter der nichtdemokratischen politischen Eliten in der heutigen Welt tiefgreifend verändert hat. Die autoritären Grundbesitzer-Eliten des 19. Jahrhunderts sind durch regierende Offiziere zeitgenössischer Militärregime, Apparatschiks in Einparteiensystemen und familiäre Machtnetzwerke in neopatrimonialen Regimen ersetzt worden. Doch überall, wo eine alte Elite vor der vollständigen Demokratisierung Zugang zu einer bestimmten Art von robuster und wettbewerbsfähiger Parteiorganisation hat, ist es wahrscheinlicher, dass demokratische Veränderungen Bestand haben.

Von den alten Demokratien des 19. Jahrhunderts in Europa bis zu neuen im heutigen Südostasien und Nordafrika taucht dieses Thema immer wieder auf: Gut organisierte demokratische Oppositionsbewegungen können notwendig sein, um nichtdemokratische Regime zu stürzen, und der Impuls kann aus einer Vielzahl von Quellen kommen, einschließlich sich verändernder sozioökonomischer Bedingungen oder sich verändernder Klassenbeziehungen. Aber letztendlich können wir den Verlauf der Demokratisierung eines Landes nicht verstehen, ohne zu berücksichtigen, welche Rolle die Gegner der Demokratie spielen. Ob Repression, demokratische Subversion oder Demokratisierung, das Ergebnis hängt von den organisatorischen Ressourcen der etablierten Elite in dem Moment ab, in dem sie herausgefordert wird.

So paradox es auch klingen mag: Eine starke konservative Partei kann als Schutzvorrichtung demokratischer Strukturen dienen, und führt nicht

automatisch zu einer schlechteren Qualität der politischen Auseinandersetzung. Manchmal ist das Gegenteil der Fall: Eine solche Partei kann die Qualität des demokratischen Wettbewerbs sogar erhöhen. Wenn alte Eliten über konkurrenzfähige Organisationen verfügen, können auch die Befürworter der Demokratie konkurrieren. Das ist die wichtigste Erkenntnis: Eine robuste konservative politische Parteiorganisation kann einen sich selbst verstärkenden positiven Kreislauf von Wahlwettbewerb und Offenheit in den Wahlergebnissen auslösen, was die Befürworter der Demokratie dazu veranlasst, ihre eigenen Mobilisierungskapazitäten zu erhöhen, um der Herausforderung zu begegnen. Das gibt den alten Eliten Instrumente an die Hand, um sich zumindest zeitweise zu schützen. Kurz gesagt: Eine robuste konservative politische Partei könnte tatsächlich eine Voraussetzung für eine stabile Demokratie sein.

Der Fall Deutschlands in den 1930er Jahren lehrt uns daher, dass moderne demokratische Politik dann besonders verwundbar ist, wenn die Gefahr einer radikalen Machtübernahme innerhalb gemäßigter konservativer Parteiorganisationen besteht.³⁴ Diese Lektion schwingt aus einem bestimmten Grund in unserer eigenen Zeit mit: In den letzten fünf Jahren haben wir gesehen, dass die Demokratie selbst gefährdet sein kann, wenn traditionelle Mitte-Rechts-Parteien entgleisen – wie das nach fast allen Berichten im heutigen Amerika der Fall ist.³⁵ Wenn sich eine der großen Parteien in einer Demokratie gegen die Demokratie wendet, ist die Demokratie selbst in Gefahr. Das ist eine Tatsache. Demokratien gehen oft an den Schwächen und Verwundbarkeiten des modernen Konservatismus zugrunde. Diese Lektion hat auch noch nach fast hundert Jahren Bestand.